

POLICY BRIEF

Deutschlands Rolle in der Welt

Perspektiven junger Menschen auf deutsche Außenpolitik 2026

Ipsos

LIZ MOHN STIFTUNG

Impressum

© Liz Mohn Stiftung, Gütersloh
Juni 2026

Herausgeber
Liz Mohn Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon: +49 5241 2133-0
www.liz-mohn-stiftung.de

Verantwortlich
Simon P. Balzert
Matthias Meis
Sanny A. Pulka

Mitarbeit
Ellen Stanko
Katharina Staudte

Production Editor
Vera Hanke

Layout
VISIO Kommunikation GmbH

Lektorat
Rudolf Jan Gajdacz

Bildnachweise
Besim Mazhiqi

Druck
Gieselmann Druck und Medienhaus

Papier
Circleoffset, 100 % Altpapier, zertifiziert mit dem Blauen Engel und FSC Recycled

POLICY BRIEF

Deutschlands Rolle in der Welt

Perspektiven junger Menschen auf deutsche Außenpolitik 2026

Inhalt

Einleitung 5

Zusammenfassung 7

1. **Generation TikTok: Politikinteressiert, über Social Media informiert, mit Fake News konfrontiert** 9
2. **Gesellschaftliches Engagement der jungen Menschen: Pflichtdienst ja, Wehrdienst nein** 16
3. **Erwachsener Blick auf Deutschlands Rolle in Europa und der Welt** 22
4. **Deutsche Sicherheitspolitik als Antwort auf eine veränderte Weltordnung** 28

Handlungsempfehlungen 33

Methodik 35

Anhang

Regressionsanalysen für das Interesse an einem sozialen Dienst und Wehrdienst 39

Kontakt 44

Digitaler Blick in die Umfrage 45

EINLEITUNG

Kinder und Jugendliche in Deutschland, die heute zwischen zwölf und 18 Jahre alt sind, haben seit 2020 schon viel erlebt: die COVID-19-Pandemie mit ihren gesundheitlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen, den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Folgen sowie drei unterschiedliche Bundesregierungen. Hinzu kamen die erneute Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA und die Folgen seines Handelns, inklusive des im Februar 2026 begonnenen Iran-Kriegs. Die Kinder und Jugendlichen beantworteten im April 2026 die vorliegende Befragung im Eindruck dieser Nachrichten.

Solche Ereignisse prägen Generationen. Und viele der genannten Geschehnisse haben globale Auswirkungen. Darüber hinaus formen aber auch allgemeine Trends die Generation der Kinder und Jugendlichen:

1. Digitale Vernetzung und globale Kommunikation

Junge Menschen sind durch Smartphones, soziale Medien und digitale Plattformen rund um die Uhr mit Gleichaltrigen weltweit vernetzt. Trends, Musik, Spiele oder Debatten – oft KI-gestützt – verbreiten sich global in Echtzeit. Dadurch entsteht ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit zu einer weltweiten Jugendkultur, die sich nicht mehr auf nationale Grenzen beschränkt.

2. Bewusstsein für globale Herausforderungen

Themen wie Klimawandel, Menschenrechte, Migration oder soziale Gerechtigkeit beschäftigen die junge Generation stark. Bewegungen wie Fridays for Future, Proteste gegen eine Wehrpflicht sowie Friedensdemos für Gaza und die Ukraine zeigen, dass sich junge Menschen in Deutschland nicht nur national, sondern transnational für ihre Zukunft einsetzen und dabei oft global vernetzt handeln.

3. Kulturelle Vielfalt im Alltag

Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Viele Jugendliche wachsen in multikulturellen Umgebungen auf, haben selbst Migrationshintergrund oder Freundes-

kreise, die kulturell sehr gemischt sind – das zeigen auch die vorliegenden Ergebnisse. Dieses Ambiente fördert Offenheit, Mehrsprachigkeit und den Selbstanspruch, in einer globalisierten Gesellschaft selbstverständlich zu agieren.

Wir haben es also heute mit jungen Menschen zu tun, die so global aufwachsen wie wenige vor ihnen. Ereignisse von internationaler Tragweite prägen ihre Kindheit und Jugend. Diese Erfahrungen verändern den Blick der jungen Menschen auf globale Entwicklungen und Deutschlands Rolle in der sich stetig verändernden Weltordnung.

Von den politischen Entscheidungen, die heute – in Deutschland, Europa oder darüber hinaus – getroffen werden, sowie ihren Folgen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte sind die Kinder und Jugendlichen zu ihren Lebzeiten deutlich länger betroffen als die Entscheidungsträger:innen selbst. Trotzdem fehlt dieser Generation und ihren Perspektiven in öffentlichen Debatten die erforderliche Aufmerksamkeit. Darum macht die Liz Mohn Stiftung die Stimmen dieser jungen Menschen hörbar und befragt gemeinsam mit dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos auch in diesem Jahr 800 in Deutschland lebende Kinder und Jugendliche zwischen zwölf und 18 Jahren. Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage zeigen: Die jungen Menschen haben oft erstaunlich ausgewogene Meinungen zu außenpolitischen Themen und denken weiter als nur an die persönlichen Vor- und Nachteile politischer Entscheidungen.

Auch in vielen weiteren Aktivitäten der Liz Mohn Stiftung finden junge Menschen und ihre Ansichten Gehör. So werden im Projekt *Generation Global – Wir gestalten Welt* 15 motivierte und politisch interessierte Jugendliche über einen Zeitraum von zwei Jahren in der Entwicklung ihrer Hard- und Soft Skills gefördert, um ihre Meinungen öffentlichkeitswirksam präsentieren zu können. Fünf dieser jungen Menschen kommentieren die vorliegenden quantitativen Untersuchungsergebnisse und bereichern den Umfragebericht 2026 so aus ihrer persönlichen Perspektive.

ZUSAMMENFASSUNG

Die jungen Menschen in Deutschland zeigen in der vorliegenden Untersuchung eine reflektierte Sicht auf Deutschlands Außenpolitik und internationale Zusammenhänge. Die Generation der Kinder und Jugendlichen zwischen zwölf und 18 Jahren informiert sich 2026 vor allem in den Sozialen Medien über Politik und wird dort mit KI-generierten Fake News konfrontiert. Im Freundes- und Familienkreis sprechen sie über politische Themen. Im Unterricht hingegen würden sie dies gerne mehr tun.

Der Neue Wehrdienst bleibt ein sehr präsentes Thema unter den Befragten. Die jungen Menschen plädieren – noch deutlicher als im Vorjahr – für einen geschlechts- und altersunabhängigen Pflichtdienst, der nicht nur beim Militär absolviert werden soll. Hier bleibt vor allem der Ruf nach einer Gleichbehandlung von männlichen und weiblichen Jugendlichen gesellschaftlich präsent. Beim Interesse an einer freiwilligen Tätigkeit als Soldat:in zeigt sich ein gespaltenes Bild: Fast die Hälfte kann sich das überhaupt nicht vorstellen, während ein knappes Viertel deutliches Interesse zeigt. Im Vergleich ist das Interesse an einem Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahr (FSJ/FÖJ) größer. Die männlichen Befragten zeigten dabei größeres Interesse an der Bundeswehr, die weiblichen an einem FSJ/FÖJ.

Deutschlands Rolle in der Welt bewerten die Befragten ambivalent, nur die Rolle der Europäischen Union betrachten sie mehrheitlich als positiv. Insgesamt wird deutlich, dass der Wunsch nach einer größeren Führungsrolle aller abgefragten Länder und Staatenbündnisse im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Besonders das Bild der USA hat sich unter den Kindern und Jugendlichen verschlechtert – sie erkennen aber weiterhin die Relevanz der deutsch-amerikanischen Partnerschaft an. Außerdem ist ihnen klar: Deutschland kann globale Probleme nur gemeinsam mit anderen Ländern lösen. Frankreich – gefolgt von den USA und China – bleibt aus ihrer Perspektive der wichtigste Partner der Bundesrepublik.

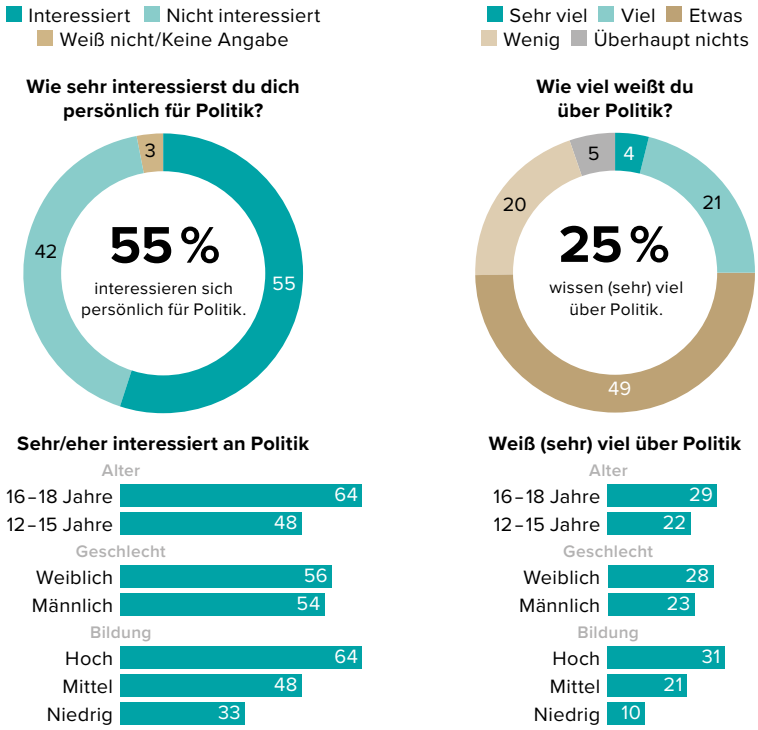
Die vielen Krisen und Konflikte prägen auch den Blick der jungen Menschen auf die Welt; die aktuellen Entwicklungen bewegen die Befragten. Sie sehen die Notwendigkeit, Deutschlands Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. Die NATO-Mitgliedschaft

Deutschlands ist für die Kinder und Jugendlichen von besonderer Bedeutung für die Sicherheit Deutschlands, aber nur noch wenige würden sich im Falle eines Konflikts auf die USA als zentrales Bündnismitglied verlassen. Eine stärkere Einmischung in den Ukraine-Krieg lehnen die jungen Menschen ebenso ab wie einen EU-Austritt Deutschlands.

1. GENERATION TIKTOK: POLITIKINTERESSIERT, ÜBER SOCIAL MEDIA INFORMIERT, MIT FAKE NEWS KONFRONTIERT

Die jungen Menschen in Deutschland wachsen in einem globalen Kontext auf, täglich konfrontiert mit neuen und – vor allem negativen – Nachrichten aus dem In- und Ausland. Dabei zeigt sich: Die Kinder und Jugendlichen zwischen zwölf und 18 Jahren interessieren sich für Politik. Sie verstehen: Politische Entscheidungen beeinflussen

Abbildung 1 | Politisches Interesse und Wissen junger Menschen



Darstellung in Prozent
Abweichungen von 100 % stammen von finalen Rundungen der Angaben
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

ihren Alltag – oft sogar direkter als auf den ersten Blick zu vermuten wäre. Wer die politischen Prozesse versteht, kann besser mitreden, Nachrichten kritisch beurteilen, die eigenen Rechte kennen und aktiv etwas verändern. Die vorliegenden Umfrageergebnisse zeigen: Insgesamt mehr als die Hälfte der Befragten interessiert sich für Politik, aber nur jede:r Vierte gibt an, viel oder sehr viel über Politik zu wissen (s. Abbildung 1) und lediglich jede:r Achte wird auch aktiv: Nur zwölf Prozent der jungen Menschen engagieren sich politisch.

Dahinter steht die Frage, wie die Kinder und Jugendlichen sich über Politik informieren. Dabei wird klar: Die Sozialen Medien sind für junge Menschen zwischen zwölf und 18 Jahren Informationsquelle Nummer eins (s. Abbildung 2). Inhalte sind dort auf den ersten Blick unendlich verfügbar und politische Entscheidungsträger:innen können im direkten Austausch mit ihren Followern auf eine zeitgemäße Art und Weise kommunizieren. Aber TikTok, Instagram & Co. sind als Informationsquelle mit Vorsicht zu

Abbildung 2 | Quellen für politisches Wissen



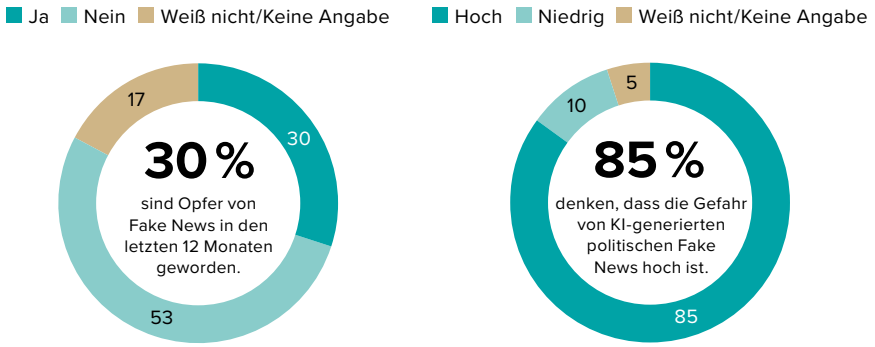
Darstellung in Prozent
Mehrfachantworten waren möglich, „Weiß nicht/Keine Angabe" sowie Items mit 0 % werden nicht dargestellt
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

genießen: Einseitige Sichtweisen, manipulativer Einsatz von Emotionen, schwierige Quellenprüfung gepaart mit einer schnellen Verbreitung ergeben eine gefährliche Mischung, die Folgen für die politische Debatte und die jungen Menschen selbst haben kann.

Offline ist der Austausch mit engen Vertrauten von zentraler Bedeutung: Unabhängig vom Alter besprechen die jungen Menschen politische Themen am häufigsten mit Familienmitgliedern (75 Prozent der Befragten zwischen zwölf und 15 Jahren; 68 Prozent der Befragten zwischen 16 und 18 Jahren). Es folgen Freund:innen (12–15 Jahre: 35 Prozent; 16–18 Jahre: 51 Prozent), Mitschüler:innen (12–15 Jahre: 33 Prozent; 16–18 Jahre: 36 Prozent) und Lehrer:innen (12–15 Jahre: 30 Prozent; 16–18 Jahre: 26 Prozent). Enge Familienmitglieder helfen den jungen Menschen passenderweise auch dabei, KI-generierte Falschinformationen – eines der Hauptrisiken politischer Informationen in den Sozialen Medien – aufzudecken. Im Gespräch mit den Eltern findet die Mehrheit der Befragten heraus, ob es sich bei einem Inhalt um Fake News handelt (s. Abbildung 4).

Abbildung 3 | Betroffenheit und Gefahr von Fake News

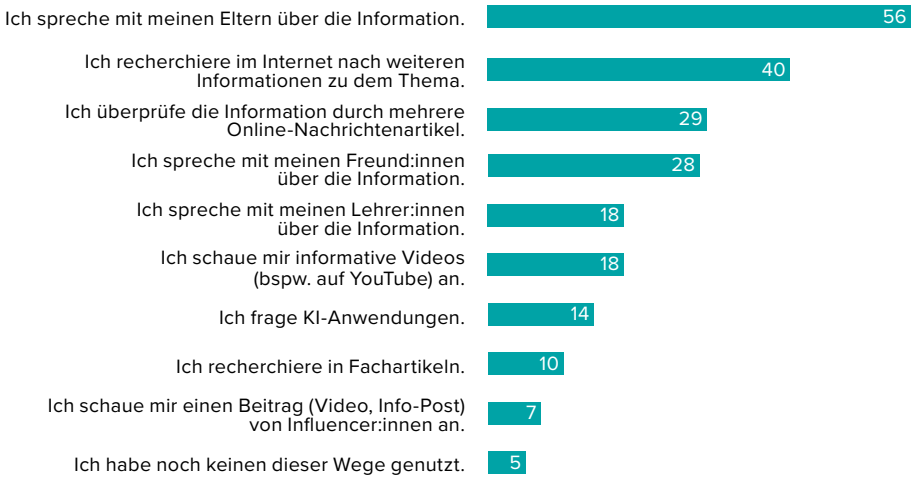


Darstellung in Prozent
Frage Abbildung links: Bist du in den letzten 12 Monaten Opfer von Fake News geworden? Also hast du eine Information zunächst für richtig gehalten, die sich später als falsch herausgestellt hat?
Frage Abbildung rechts: Wie groß schätzt du die generelle Gefahr von KI-generierten Fake News ein?
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Abbildung 4 | Umgang mit Desinformationen

Wie findest du heraus, dass eine Information falsch ist?

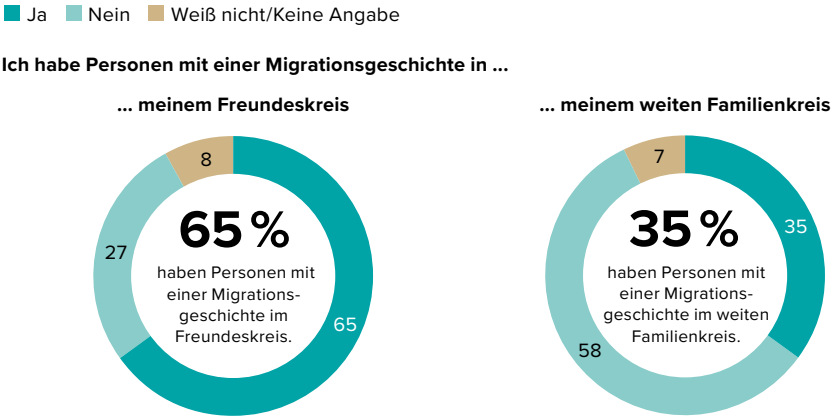


Darstellung in Prozent
Frage: Wie findest du heraus, dass eine Information falsch ist?,
Mehrfachantworten waren möglich, „Weiß nicht/Keine Angabe" nicht dargestellt
Basis: 800 deutsche Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Der Blick auf die Lebensrealität der jungen Menschen zeigt: Menschen mit Migrationshintergrund sind ein fester Teil der Gesellschaft. Personen mit Wurzeln in unterschiedlichen Ländern leben, arbeiten und lernen hier gemeinsam. Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen haben Freund:innen mit Migrationsgeschichte, ein Drittel Verwandte im weiten Familienkreis (s. Abbildung 5).

Abbildung 5 | Persönliches Umfeld mit Migrationsgeschichte

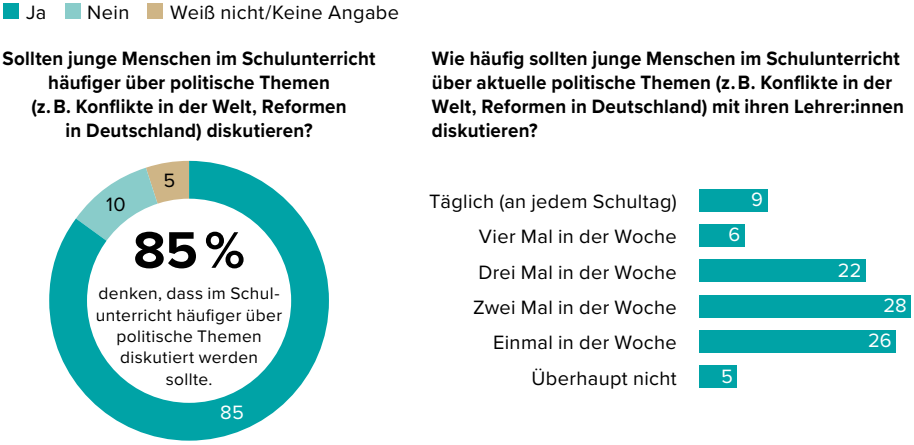


Darstellung in Prozent
Frage: Stimmst du den folgenden Aussagen zu deinem persönlichen Umfeld zu?
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

In der Debatte um Altersbeschränkungen für die Nutzung von Social Media findet ein Verbot unter den Kindern und Jugendlichen keine Mehrheit: 38 Prozent würden den Zugang für Menschen unter 16 Jahren verbieten, 22 Prozent sogar für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Die Begrenzungen und mögliche Gefahren der Sozialen Medien als Informationsquelle sind den jungen Menschen bewusst. Sie sprechen sich mit großer Mehrheit dafür aus, im Schulunterricht häufiger – konkret ein- bis dreimal wöchentlich – über politische Themen zu diskutieren (s. Abbildung 6). Dass bislang aus Sicht der Befragten im Klassenraum noch nicht genug über aktuelle Politik gesprochen wird, könnte an unflexiblen Lehrplänen liegen oder auch daran, dass die Pädagog:innen kontroverse Themen – wie die Kriege im Iran und in der Ukraine oder das Vorgehen Israels im Gaza-Streifen – im Unterricht scheuen.

Abbildung 6 | Politische Debatten in der Schule



Darstellung in Prozent
„Weiß nicht/Keine Angabe" nicht dargestellt
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Die jungen Menschen informieren sich über Politik vor allem aus den Sozialen Medien und sind sich dabei der Manipulationsrisiken durch KI-generierte Fake News bewusst, die sie im Gespräch mit Familienmitgliedern und Freund:innen entlarven. Lieber würden sie aktuelle politische Themen häufiger im Unterricht diskutieren – unabhängig vom Lehrplan. Politik und Schulen sollten aktuelle gesellschaftliche Debatten also aus dem Internet zurück in den Klassenraum bringen und so den Schüler:innen die Möglichkeit bieten, sich mit gegenwärtigen Debatten in einem vertrauten Rahmen kritisch auseinanderzusetzen.



Marta Isabel Alonso Gonzalez
16 Jahre

Wie informierst du dich über Politik?

Meistens, indem ich Podcasts höre, da ich so die Möglichkeit habe, mich weiterzubilden, während ich andere Sachen erledige. Wenn ich nur Nachrichten hören will, gibt es immer einen seriösen Sender, der seine Sendungen als Audio hochlädt. Wenn mich wiederum ein besonderes Thema interessiert, gibt es immer einen Podcast, der sich genauer mit etwas beschäftigt. Außerdem gibt es oft Interview- oder Gesprächsformate, bei denen das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet wird.

Bist du schon einmal auf Fake News hereingefallen?

Da ich Podcasts online höre, stelle ich mir oft die Frage: Ist das, was ich mir da gerade anhöre, wahr – oder handelt es sich möglicherweise um Fake News? Diese Frage ist für mich oft schwer zu beantworten, vor allem wenn das Thema für mich selbst neu ist. So ist es sicherlich schon einmal vorgekommen, dass ich misstrauisch wurde oder einfach noch eine genauere Erklärung zum Verifizieren gesucht habe. Wenn ich das Ganze dann aber mit offiziellen Quellen vergleiche, stellt sich meistens schnell heraus, ob es sich um Fake News handelt oder nicht.

Sprecht ihr im Unterricht ausreichend über aktuelle Politik?

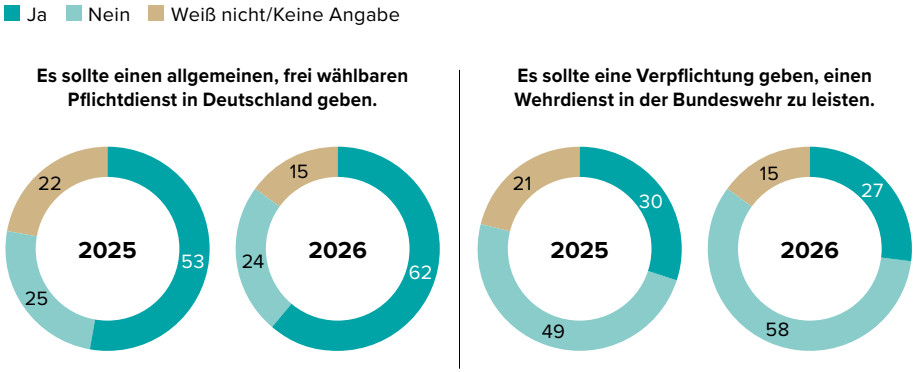
Als Unterstützung würde ich mir wünschen, dass zukünftig mehr in der Schule über Politik gesprochen wird. Natürlich machen wir das schon und es gab auch in der Vergangenheit schon einige Projekte an meiner Schule, die sich zum Beispiel mit dem Thema Demokratie beschäftigen. Was mir allerdings noch fehlt, ist, dass man jeden Tag einmal grundlegend informiert wird. Fünf Minuten zu Schulbeginn würden schon genügen, um jeden Schüler mit den drei wichtigsten Nachrichten des Tages zu versorgen. So schafft man eine Basis für ein größeres Interesse an Politik. Das hätte Vorteile wie: mehr faktenbasierte Diskussionen im Freundeskreis, eine verbesserte Allgemeinbildung für jeden und eine bessere Erkennung von Fake News. Je nach Fach könnten diese Themen dann auch an den Unterricht angeknüpft werden, sodass man in Zukunft vielleicht in Englisch über die Wehrpflicht anstatt über Schuluniformen debattiert.

2. GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT DER JUNGEN MENSCHEN: PFLICHTDIENST JA, WEHRDIENST NEIN

Junge Menschen in Deutschland haben viele Möglichkeiten, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Durch ehrenamtliche Tätigkeiten entwickeln sie nicht nur Verantwortung und Kompetenzen, sondern auch ein Verständnis dafür, wie Gemeinschaft funktioniert. In der Debatte hat sich auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wiederholt für die Einführung eines gesellschaftlichen Pflichtdienstes ausgesprochen.

Die vorliegende Studie soll auch Veränderungen der Einstellungen im zeitlichen Verlauf deutlich machen. Im Vergleich zur Erhebung 2025 wird an dieser Stelle sichtbar: Auf die Frage nach einem verpflichtenden Beitrag zur Gesellschaft haben die Kinder und Jugendlichen 2026 eine noch klarere Meinung als im Vorjahr. Die jungen Menschen zwischen zwölf und 18 Jahren in Deutschland befürworten einen alters- und geschlechtsunabhängigen Pflichtdienst, aber keine Verpflichtung zu einem Wehrdienst in der Bundeswehr (s. Abbildungen 7 und 8).

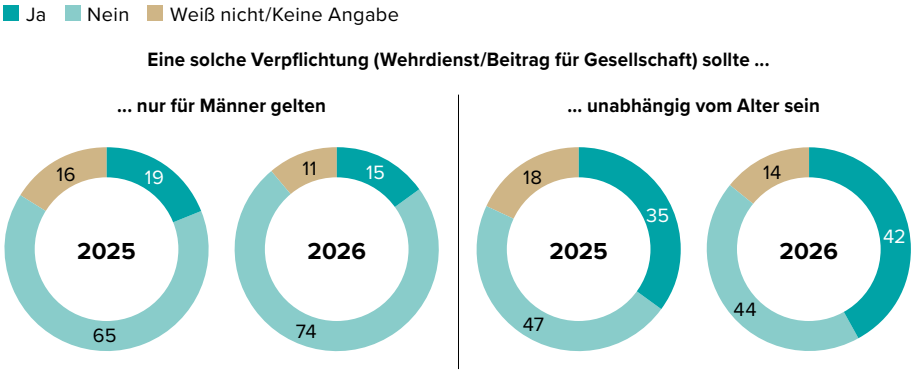
Abbildung 7 | Bewertung eines möglichen Pflichtdienstes in Deutschland



Darstellung in Prozent
Frage: Inwieweit stimmst du den folgenden Aussagen zum Thema Pflichtdienste zu?
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026 und Juni 2025

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Abbildung 8 | Geschlecht und Alter bei einer möglichen Verpflichtung für einen Dienst

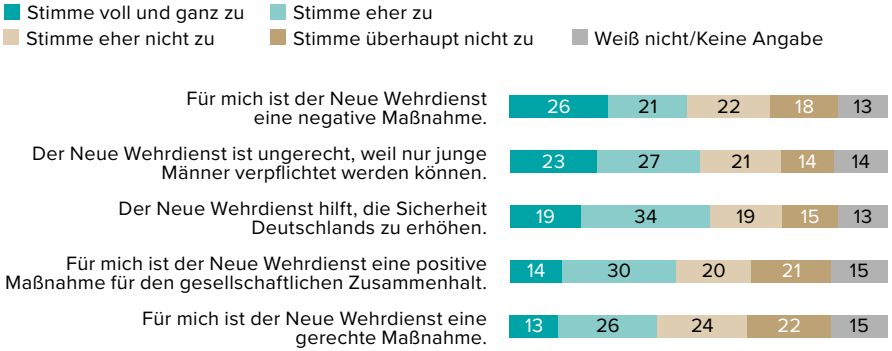


Darstellung in Prozent
Aussage: Eine solche Verpflichtung (Wehrdienst/Beitrag für Gesellschaft) sollte ...
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026 und Juni 2025

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Kaum ein in der jüngeren Vergangenheit verabschiedetes Gesetz hat einen solch großen Einfluss auf die persönliche Lebensplanung der Kinder und Jugendlichen zwischen zwölf und 18 Jahren wie die Neuregelung des Wehrdienstes. Auch in verschiedenen Projekten der Liz Mohn Stiftung bringen die jungen Menschen dieses Thema regelmäßig zur Sprache. Seit Januar 2026 erhalten alle Jugendlichen nach Erreichen der Volljährigkeit ein Anschreiben, um sie für die Bundeswehr zu gewinnen. Während die Beantwortung für junge Frauen freiwillig ist, sind die jungen Männer dazu gesetzlich verpflichtet. Die Debatte über den Neuen Wehrdienst führt auch unter den Befragten zu unterschiedlichen Ansichten. Sie empfinden die aktuelle Gesetzeslage als ungerecht und die Geschlechterdifferenzierung als nicht mehr zeitgemäß (s. Abbildung 9).

Abbildung 9 | Bewertung des Neuen Wehrdienstes

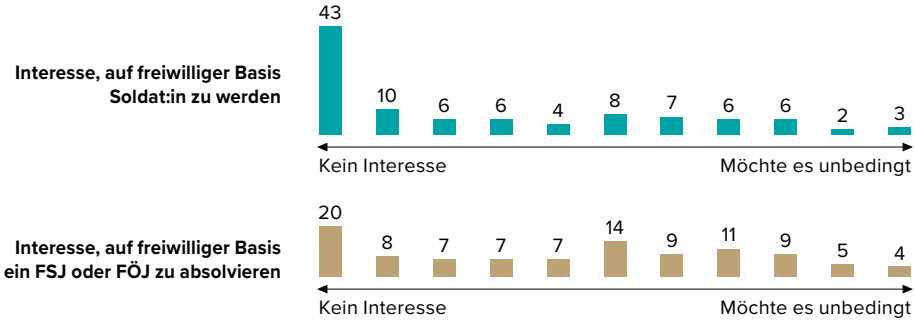


Darstellung in Prozent
Frage: Inwieweit stimmst du den Aussagen zum Neuen Wehrdienst zu?
Abweichungen von 100 % sind auf das Runden von Angaben zurückzuführen
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Für den gesellschaftlichen Beitrag gibt es Alternativen zum Wehrdienst: In vorliegender Untersuchung wurden diejenigen jungen Menschen zwischen zwölf und 18 Jahren, die noch kein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr (FSJ/FÖJ) geleistet haben, gefragt, ob sie sich für ihre persönliche Lebensplanung ein FSJ, FÖJ oder die Ableistung des Wehrdienstes vorstellen können. Wie im Bundeswehr-Fragebogen konnten die jungen Menschen ihr Interesse auf eine Skala von null („Kein Interesse“) bis zehn („Möchte es unbedingt“) angeben. Dabei zeigt sich: Fast die Hälfte (43 Prozent) hat kein Interesse daran, auf freiwilliger Basis Soldat:in zu werden, während nur ein Fünftel ein FSJ oder FÖJ entschieden ablehnt. Die restlichen Werte verteilen sich auf der Skala. Interessant ist dabei, dass immerhin ein knappes Viertel der Befragten (24 Prozent mit Skalenwerten von mindestens sechs) ein deutliches Interesse daran hat, Soldat:in zu werden (s. Abbildung 10). Relevant ist an dieser Stelle auch der Unterschied zwischen den Geschlechtern: Die männlichen Befragten haben ein größeres Interesse daran, freiwillig Soldat zu werden (Skalenwerte sechs bis zehn: 32 Prozent männlich zu 17 Prozent weiblich). Die weiblichen Kinder und Jugendlichen lehnen das deutlicher ab („Kein Interesse“: 49 Prozent weiblich zu 37 Prozent männlich). Gleichzeitig interessieren sich die weiblichen Befragten eher für ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr (s. Abbildung 11).

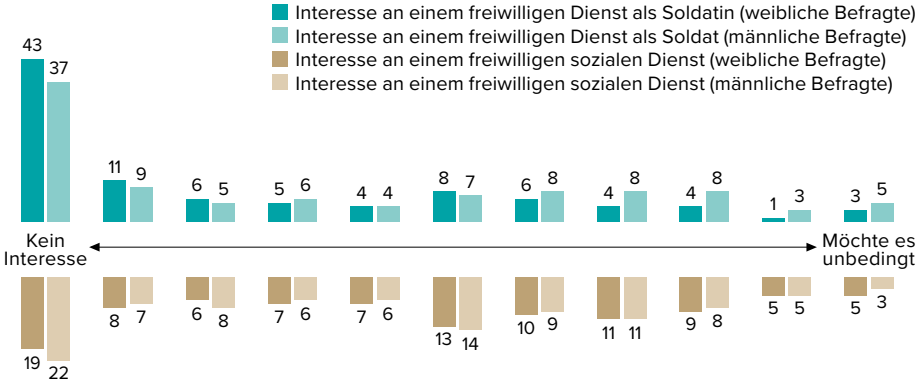
Abbildung 10 | Interesse an einem FSJ und einem Dienst in der Bundeswehr



Darstellung in Prozent
Frage: Hast du grundsätzlich Interesse, auf freiwilliger Basis Soldat:in zu werden/ein FSJ oder ein FÖJ zu leisten? Kontext der Frage: Durch die nächste Abfrage möchten wir erfahren, wie groß dein Interesse nach der Schule (bzw. Ausbildung) im Alter von 18 Jahren ist, in einem bestimmten Bereich einen (Pflicht-)Dienst zu absolvieren. Skala von 0 bis 10: 0 = Ich habe kein Interesse, Von 1 – Ich kann es mir vorstellen..., bis 10 – Ich möchte unbedingt ... Abweichungen von 100 % stammen von „Weiß nicht/Keine Angabe" (nicht dargestellt)
Basis: 767 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, die noch kein FSJ oder Ähnliches geleistet haben, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Abbildung 11 | Geschlechtervergleich beim Interesse an einem Wehrdienst und bei einem sozialen Dienst



Darstellung in Prozent
Frage, Kontext der Frage und Skala siehe Abbildung 10
Basis: 767 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, die noch kein FSJ oder Ähnliches geleistet haben, 382 weibliche Befragte und 385 männliche Befragte, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Die vorliegenden Zahlen zeigen ein vorhandenes Interesse der jungen Menschen – vor allem der männlichen Befragten –, freiwillig Soldat:in zu werden. Sie zeigen sich engagiert, möchten sich aber selbst aktiv dafür entscheiden und nicht durch eine Wehrpflicht zur Bundeswehr gedrängt werden. Das Rekrutierungspotenzial auf freiwilliger Basis scheint demnach noch nicht ausgeschöpft zu sein. Dem Bundesministerium der Verteidigung stehen laut Wehrbericht 2025 im Jahr 2026 mehr als 220.000 militärische Planstellen zur Verfügung – davon 20.000 für den Neuen Wehrdienst. Gegenüber 2022, dem ersten Jahr des russischen Angriffs auf die Ukraine, ist dies eine Steigerung um 22 Prozent. Die Zahl der Soldat:innen soll in den kommenden zehn Jahren auf etwa 260.000 steigen. Inklusive der Reservist:innen soll eine Zahl von 460.000 erreicht werden. Dafür ist die Attraktivität durch höhere Vergütungen, Zuschüsse für Führerscheine und bessere Karrierechancen erhöht worden. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob das Personalziel auf diese Weise erfüllt werden kann.

Ein tieferer Blick in die Daten der vorliegenden Untersuchung zeigt: Diejenigen Kinder und Jugendlichen, die politisch engagiert sind und aus deren Sicht Deutschland deutlich verteidigungsfähiger werden muss, sind eher bereit, sich als Soldat:in oder in einem Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahr zu engagieren. Das zeigt, dass sie aus der abstrakten Bedrohungslage konkrete Konsequenzen für ihr persönliches Leben ziehen (s. Anhang für weiterführende Informationen).

Das Interesse der Jugendlichen an einem FSJ oder FÖJ nach der Schule ist – vor allem unter den weiblichen Befragten – deutlich größer als an der Bundeswehr. Gründe für diese Interessensverteilung könnten die Auswahlmöglichkeiten beim FSJ und FÖJ, die persönlichen Einstellungen der jungen Menschen sowie die soziale Akzeptanz für eine Arbeit in einer zivilen oder militärischen Organisation sein. Die Politik sollte in jedem Fall den Vorschlag der befragten Kinder und Jugendlichen aufnehmen und über die Einführung eines Pflichtdienstes, unabhängig von Alter und Geschlecht, ergebnisoffen debattieren. Ein solcher Beitrag hätte positive Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft – unabhängig von der Institution, in der dieser Dienst geleistet wird.



Mathilda Brün
17 Jahre

Welchen gesellschaftlichen Beitrag leistest du?

Ich selbst engagiere mich vor allem im kulturellen und sozialen Bereich, unter anderem durch meinen Querflötenunterricht für Jüngere, die Schüler:innenvertretung und Austauschprojekte. Besonders wichtig ist mir dabei, Vorurteile abzubauen, Offenheit gegenüber anderen Lebensweisen und Einstellungen zu fördern und eine respektvolle Gesprächskultur vorzuleben.

Findest du den Neuen Wehrdienst gerecht?

Den Ansatz eines verpflichtenden gesellschaftlichen Beitrags für die junge Generation finde ich grundsätzlich gut. Die Umsetzung dessen mit dem neuen Wehrdienstgesetz halte ich allerdings für ungerecht. Meiner Meinung nach liegt der Fokus der Modernisierung des Gesetzes zu stark auf dem heute wichtigen militärischen Dienst, während andere Arten des gesellschaftlichen Beitrags, wie der Zivildienst, vernachlässigt werden. Jugendliche sollten freier entscheiden können, wie sie gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Außerdem sehe ich es als problematisch an, dass Frauen und Männer dabei nicht gleichbehandelt werden.

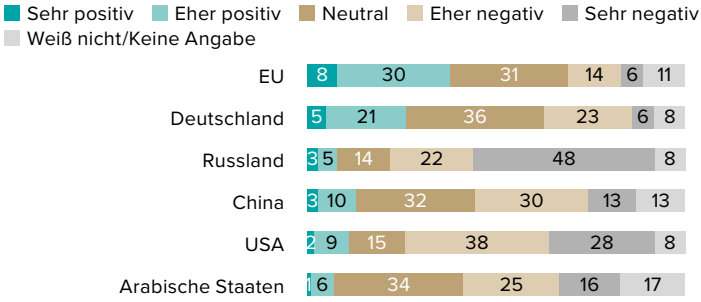
Würdest du einen Pflichtdienst für Männer und Frauen bevorzugen?

Ich denke, dass individuelle Fähigkeiten generell wichtiger sein sollten als veraltete, pauschale Geschlechterrollen. Wenn es gesellschaftliche Pflichten gibt, sollten diese für alle gleichermaßen gelten. Dementsprechend würde ich einen allgemeinen Pflichtdienst für alle Geschlechter bevorzugen, bei dem man zwischen verschiedenen Bereichen des Dienstes wählen kann, wie zum Beispiel dem bei der Bundeswehr oder in der Pflege. Gerade wegen des Pflegenotstands und des demografischen Wandels wäre ein solcher Dienst aus meiner Sicht gesellschaftlich sinnvoll.

3. ERWACHSENER BLICK AUF DEUTSCHLANDS ROLLE IN EUROPA UND DER WELT

In politisch bewegten Zeiten kommt den Ländern und Staatengemeinschaften, die globale Entwicklungen mitgestalten, eine zentrale Bedeutung zu. Dabei zeigt sich: Die jungen Menschen haben einen differenzierten Blick auf die alten und neuen Machtzentren internationaler Politik. Die befragten Kinder und Jugendlichen betrachten, wie im Vorjahr, die Europäische Union (38 Prozent) und Deutschland (26 Prozent) am positivsten, wenn es darum geht, deren Rolle in der Welt zu bewerten. Mehr junge Menschen sehen die Rolle von Deutschland aber negativ (29 Prozent). Das zeigt ein ambivalentes Selbstbild der Befragten. Von China (13 Prozent), Russland (8 Prozent) und den Arabischen Staaten (7 Prozent) haben nur wenige junge Menschen in Deutschland ein positives Bild. Die deutlichste Veränderung erlebte in den vergangenen Monaten das Bild der USA: Während 2025 noch 26 Prozent der Befragten die Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt als positiv bewerteten, ist dieser Wert in diesem Jahr auf elf Prozent gesunken. Das ist ein signifikanter Rückgang von knapp 60 Prozent. Die aktuelle US-Politik und ihre mediale Resonanz sind mutmaßlich für diese Veränderung maßgeblich verantwortlich (s. Abbildung 12).

Abbildung 12 | Bewertung von verschiedenen Akteuren in der Welt

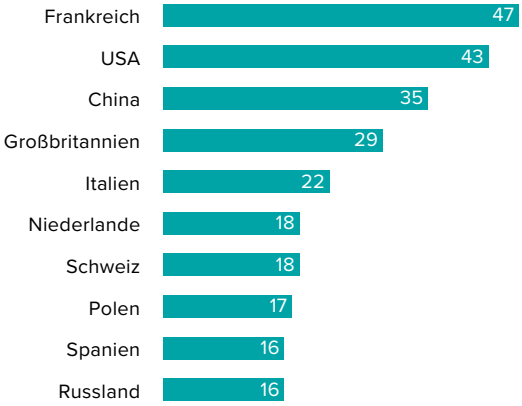


Darstellung in Prozent
Frage: Wie bewertest du die Rolle (der) … in der Welt?
Abweichungen von 100 % sind auf das Runden von Angaben zurückzuführen
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Der weiterhin engen Verbindung zwischen Deutschland und den USA sind sich die Befragten bewusst: Sie nennen die Vereinigten Staaten (43 Prozent) trotzdem direkt nach Frankreich (47 Prozent) als wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner. Es folgen China (35 Prozent) und Großbritannien (29 Prozent, s. Abbildung 13).

Abbildung 13 | Partner Deutschlands in der Welt

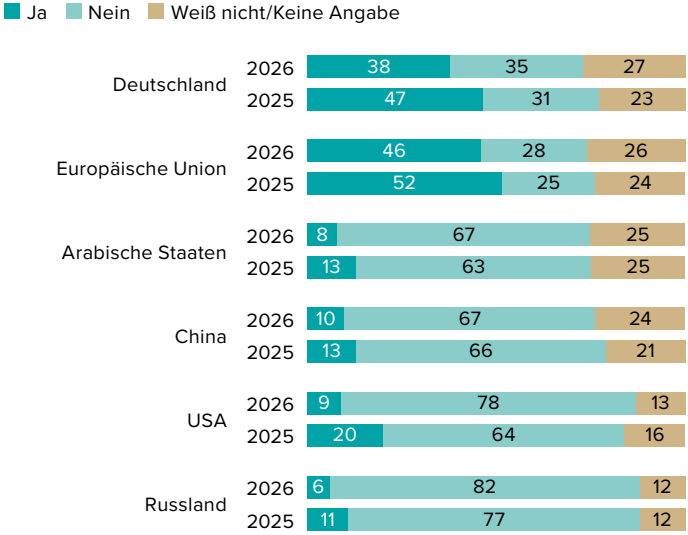


Darstellung in Prozent
Wähle aus der folgenden Liste fünf Länder aus, die aus deiner Sicht im Moment die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner Deutschlands darstellen. Mehrfachantworten waren möglich, nur die wichtigsten 10 Länder wurden aufgelistet.
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Interessant ist dabei auch der Blick der jungen Menschen auf die Zukunft: Welche Länder oder Staatengemeinschaften sollten in der Welt eine größere Führungsrolle übernehmen? Hier wird der Wunsch der jungen Menschen nach allgemein weniger Einflussnahme durch die ausgewählten internationalen Akteure deutlich. Denn im Vergleich zu 2025 sinkt überall die Zustimmung zu einer größeren Führungsrolle, auch wenn die Europäische Union und Deutschland weiterhin den höchsten Zuspruch erhalten (s. Abbildung 14).

Abbildung 14 | Regionen und Länder und deren Führungsrollen in der Welt

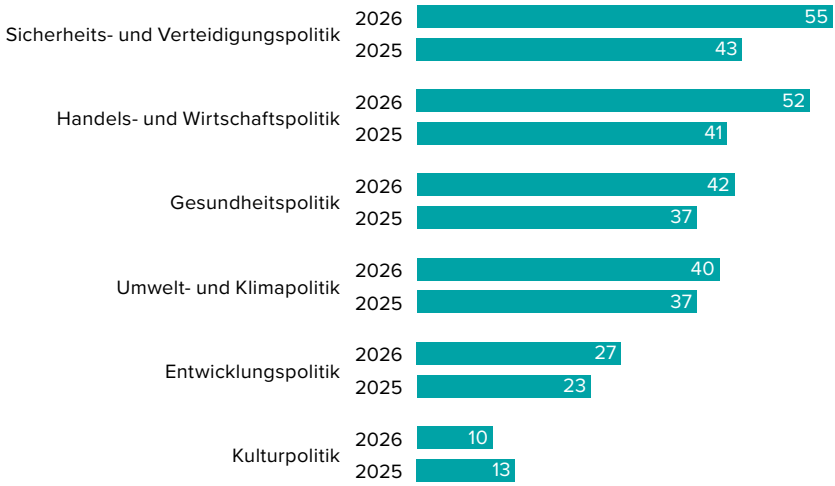


Darstellung in Prozent
Frage: Sollte(n) … in der Welt eine größere Führungsrolle übernehmen?
Abweichungen von 100 % sind auf das Runden von Angaben zurückzuführen
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026 und Juni 2025

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

An die Rolle der einzelnen Länder der internationalen Gemeinschaft schließt sich die Frage nach den Zielen deutscher Außenpolitik an. Dabei stimmen die Befragten vor allem der Stärkung der Sicherheit Deutschlands (91 Prozent) sowie des Friedens in der Welt (88 Prozent) zu. Im Vergleich zu 2025 sprechen sich deutlich mehr Kinder und Jugendliche dafür aus, dass Deutschland in den Bereichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (plus zwölf Prozentpunkte) sowie Handels- und Wirtschaftspolitik (plus elf Prozentpunkte) mehr tut, um seine globale Position zu stärken. Der Wunsch nach mehr Handlung durchzieht sich durch alle Bereiche – nur die internationale Kulturpolitik wird als weniger relevant betrachtet (s. Abbildung 15).

Abbildung 15 | Bewertung politischer Bereiche für Deutschlands Rolle in der Welt

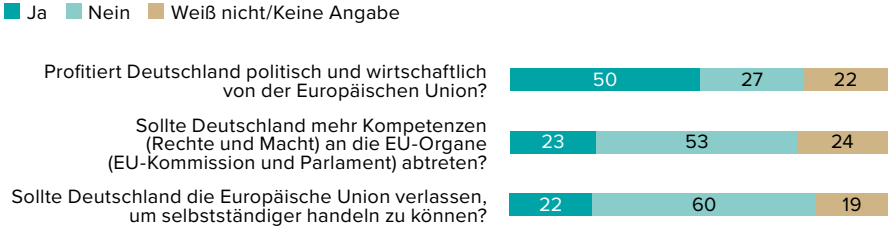


Darstellung in Prozent
Frage: Und in welchen politischen Bereichen sollte Deutschland international mehr tun, um seine globale Position und Einflussnahme zu stärken? Mehrfachantworten möglich, „Weiß nicht/Keine Angabe" nicht dargestellt
Basis: 800 deutsche Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026 und Juni 2025

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist für Deutschland von maßgeblicher Bedeutung. Der Blick der jungen Menschen auf Deutschlands Position in der EU zeigt ein interessantes Bild: Die befragten Kinder und Jugendlichen erkennen den Vorteil der deutschen EU-Mitgliedschaft, sprechen sich aber deutlich dagegen aus, weitere Kompetenzen von Berlin nach Brüssel abzugeben. Trotz antieuropäischer Stimmungsmache und populistischen Stimmen im In- und Ausland: Einen EU-Austritt Deutschlands lehnen die jungen Menschen deutlich ab (s. Abbildung 16).

Abbildung 16 | Deutschlands Rolle innerhalb der EU



Darstellung in Prozent
Frage: Bitte beantworte die folgenden Fragen zu Deutschlands Rolle innerhalb der EU.
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Vor allem der abgeklärte Blick auf die USA zeigt eine erwachsene Perspektive der Befragten: Sie wünschen sich deutlich weniger als noch vor einem Jahr eine größere Führungsrolle der USA und bewerten ihre Rolle in der Welt als negativ, erkennen aber als aktuelle Realität an, dass die Vereinigten Staaten trotz aller aktuellen Störfeuer noch immer einer der wichtigsten Partner Deutschlands sind. Auch ihre Meinung zur EU ist deutlich: Deutschland profitiert von der Mitgliedschaft im Staatenbündnis und soll weiterhin Teil der EU bleiben, weitere Kompetenzen und damit verbundene politische Macht sollen jedoch nicht abgegeben werden.



Denis Randov
16 Jahre

Wie siehst du die aktuelle Rolle Deutschlands in der Welt?

Sie hat sich vor allem in den letzten zwei Jahren stark gewandelt. Deutschland nimmt vor allem in Europa immer stärker eine Führungsposition ein und versteht sich zunehmend auch als treibende Kraft Europas, was man besonders an den neuesten militärischen Ambitionen Deutschlands erkennen kann. Dennoch sitzt das Land in vielen Fragen noch immer nicht an entscheidender Position, was man zum Beispiel am Irankonflikt erkennen kann. Oft fehlt die nötige klare Haltung und zugleich scheint eine mögliche Angst vor negativen Reaktionen der USA mitzuspielen.

Wie sollte die Bundesregierung ihre Außenpolitik gestalten?

Deutschland nutzt seinen möglichen politischen Einfluss trotz seiner wirtschaftlichen Stärke häufig nicht konsequent, obwohl sich zusätzlich hier mit Ramstein wohl die wichtigste Militärbasis der Amerikaner in Europa befindet und diese Basis essenziell für viele militärische Einsätze der Amerikaner im Nahen Osten ist. Hier und in vielen anderen Fragen der Gegenwart und Zukunft wünsche ich mir eine klare Position Deutschlands. Im Falle des Irankonflikts könnte man zum Beispiel den deutschen Luftraum für amerikanische Militärflugzeuge sperren, so wie es zuvor bereits Österreich in etwas anderer Form getan hat.

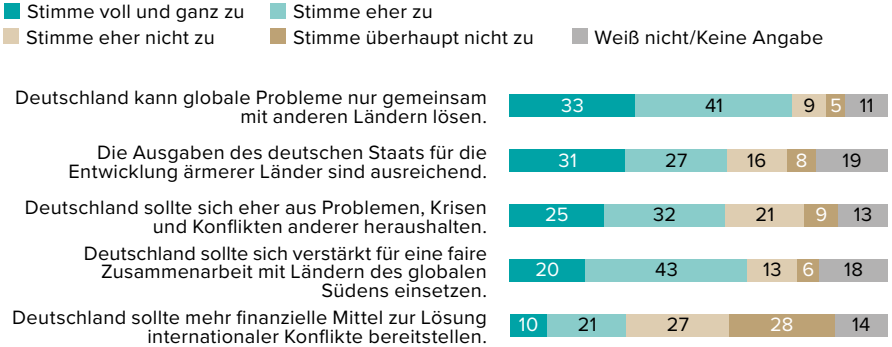
In welche Richtung sollte sich die Europäische Union weiterentwickeln?

Ich wünsche mir, dass Deutschland weiterhin eine bedeutende Rolle in Europa spielt und gemeinsam mit Ländern wie Frankreich und Italien die Souveränität und Bedeutung Europas in der Welt stärkt. Denn auch wenn Europa oft nicht einig ist und manchmal sogar etwas brüchig wirkt, ist es keineswegs ein schwacher Kontinent. Europa ist ein Kontinent voller Wohlstand und wirtschaftliche Stärke ist eine wichtige Grundlage für Macht – besonders in einer globalisierten Welt.

4. DEUTSCHE SICHERHEITSPOLITIK ALS ANTWORT AUF EINE VERÄNDERTE WELTORDNUNG

Die Diskussion über den Neuen Wehrdienst und eine mögliche Wehrpflicht in Deutschland (s. Kapitel 2) fügt sich in das Bild einer insgesamt veränderten Kräfteverteilung auf der Welt. Die liberale Ordnung der Staaten und internationale Bündnisse, die über Jahrzehnte vielen Ländern und Regionen Sicherheit und Stabilität ermöglichten, gelten nur noch eingeschränkt. In dieser veränderten Weltordnung mit einer Vielzahl an Kräfteverschiebungen und neuen Konflikten befindet sich Deutschland als politisch und wirtschaftlich stark vernetztes Land in einer entscheidenden Phase. Wie sollte sich die deutsche Außenpolitik in diesem Kontext positionieren? Allgemein sprechen sich die Kinder und Jugendlichen für eine Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen Ländern aus, um globale Probleme gemeinsam zu lösen. Finanziell sieht es aber anders aus: Nach Meinung der Befragten gibt Deutschland bereits heute ausreichend

Abbildung 17 | Internationale Zusammenarbeit und die Entwicklungspolitik Deutschlands

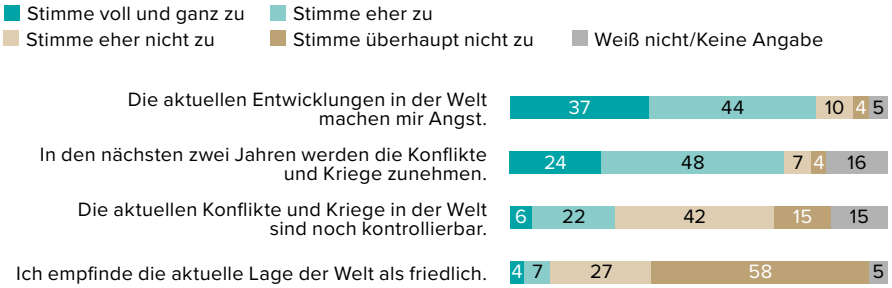


Darstellung in Prozent
Frage: Inwieweit stimmst du den folgenden Aussagen zu?
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Geld für die Entwicklung ärmerer Staaten aus. Auch zur Lösung internationaler Konflikte sollte Deutschland seine Ausgaben nicht erhöhen (s. Abbildung 17).

Abbildung 18 | Kriege, Krisen und weltweite Entwicklungen



Darstellung in Prozent
Frage: Inwieweit stimmst du den folgenden Aussagen zu den Themen Kriege, Konflikte und weltweite Entwicklungen zu?
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Auch zu den Sicherheitsinteressen der Europäischen Union haben die Befragten eine klare Meinung: Weniger als die Hälfte (42 Prozent) denkt, dass die EU ihre Sicherheitsinteressen wirksam durchsetzt. Sie ist nach Meinung von zwei Dritteln der befragten Kinder und Jugendlichen zwischen zwölf und 18 Jahren (67 Prozent) im Bereich der Sicherheit zu abhängig von anderen und nur ein Drittel (33 Prozent) findet, die EU tritt als starker Akteur gegenüber Russland auf. Eine absolute Mehrheit der jungen Befragten (58 Prozent) findet, dass die EU eine eigene militärische Eingreiftruppe aufstellen sollte.

Die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands ist für die Kinder und Jugendlichen von besonderer Bedeutung für die Sicherheit Deutschlands (63 Prozent), aber nur noch wenige würden sich im Falle eines Konflikts auf die USA verlassen (17 Prozent). Fast drei Viertel der Befragten sind sich darüber einig, dass Deutschland deutlich verteidigungsfähiger werden muss (s. Abbildung 19).



Mustafa Has
16 Jahre

Welche Veränderungen in der Weltordnung nimmst du wahr?

Aktuell stelle ich fest, dass vor allem autokratisch regierte Staaten an Einfluss gewinnen und autoritäre Ideen auch in demokratischen Ländern mehr Unterstützung erhalten. Zusätzlich nehme ich wahr, dass der Versöhnungsprozess nach dem Kalten Krieg sich wieder in eine angespannte Lage in vielen Regionen umwandelt.

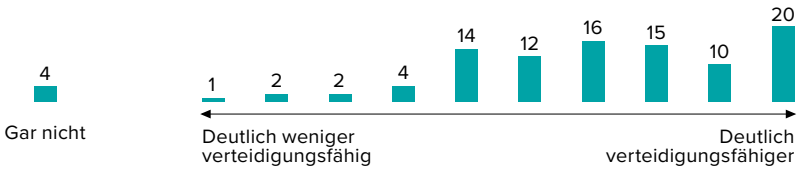
Welche Chancen und Risiken ergeben sich dadurch für Deutschland?

Durch den starken Aufstieg Chinas gerät besonders die deutsche Automobilindustrie unter Druck, da chinesische Unternehmen im Bereich der Elektroautos technologisch und preislich immer konkurrenzfähiger werden. Gleichzeitig wächst aufgrund internationaler Konflikte und der Kriegsgefahr in Europa die Bedeutung der Bundeswehr und der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit. Eine Chance für Deutschland besteht darin, innerhalb der Europäischen Union eine zentralere Führungsrolle zu übernehmen und gemeinsam mit anderen EU-Staaten wirtschaftlich, politisch und militärisch stärker aufzutreten.

Was erwartest du von der zukünftigen Weltordnung?

Ich erwarte, dass mehrere Staaten um politischen Einfluss konkurrieren werden. Allerdings bin ich der Meinung, dass internationale Zusammenarbeit in Bereichen wie Klimaschutz und Wirtschaft weiterhin möglich bleibt, um größere Konflikte zu verhindern. Denn ein groß angelegter bewaffneter Konflikt würde der globalisierten Welt mehr Schaden als Nutzen bringen.

Abbildung 19 | Notwendigkeit einer verstärkten Verteidigungsfähigkeit Deutschlands



Darstellung in Prozent
Frage: Wie verteidigungsfähig muss Deutschland aus deiner Sicht werden?
Basis: 800 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Daran angeschlossen bleibt auch der 2022 begonnene russische Angriffskrieg auf die Ukraine ein Thema, das die jungen Menschen beschäftigt. Knapp die Hälfte der Befragten (42 Prozent) fühlt sich und die eigene Familie durch den Krieg bedroht. Eine Entsendung von deutschen Truppen oder eine stärkere Einmischung in den Konflikt lehnen die Kinder und Jugendlichen jedoch klar ab. Die Befragten haben also ein klares Bild von der weltweiten Konfliktlage und sehen daher das Bedürfnis, Deutschlands Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen.

Nur 17 Prozent der jungen Menschen finden, dass Deutschland sich in einem Konflikt auf die USA verlassen kann. Fast sechs von zehn Befragten (57 Prozent) denken, dass die US-Friedensverhandlungen mit der Ukraine und Russland nicht zu einer friedlichen Lösung führen werden – die USA werden nicht mehr als zuverlässiger Partner gesehen, der den russischen Angriffskrieg in der Ukraine befrieden kann. Gleichzeitig soll Deutschland in der NATO mehr Verantwortung übernehmen (48 Prozent); eine stärkere Einmischung in den Ukraine-Krieg lehnt eine Mehrheit der jungen Menschen (70 Prozent) ab.



Yaroslav Rozhko
17 Jahre

Muss Deutschland verteidigungsfähiger werden?

Unbedingt – aber wie? Meiner Meinung nach sollte Deutschland eine wichtige Rolle für die europäische Sicherheit spielen, jedoch nicht, indem es Menschen an die Front schickt, sondern indem es andere Länder mit Ausrüstung versorgt und Technologien weiterentwickelt. So könnte Deutschland eine wichtige strategische Position bekommen, ohne die Nachbarländer oder jüngere Menschen gegen sich aufzubringen.

Machst du dir Sorgen um die Sicherheit im Land?

Ich mache mir aus mehreren Gründen keine großen Sorgen um die Sicherheit in Deutschland. Erstens wegen der geografischen Position, da das Land von befreundeten Staaten umgeben wird. Auch der gute Zustand und die Reputation des deutschen Sicherheitsapparats geben keinen Grund, mir große Sorgen um meine persönliche Sicherheit zu machen. Nur mögliche soziale und ethnische Konflikte sehe ich als ein Risiko. Momentan bleibt die Diskussion innerhalb Deutschlands sachlich und zivil, weshalb auch hier kein Grund zur Sorge besteht.

Sollte Deutschland in internationalen Krisen und Kriegen aktiver eingreifen?

Meiner Meinung nach sollte Deutschland nur in Krisen und Kriege eingreifen, wenn deutsche Interessen direkt betroffen sind. Jede Krise oder jeder Krieg kann Deutschland auf die eine oder andere Weise beeinflussen. Es gibt jedoch Regionen wie Osteuropa, den Nahen Osten oder Nordafrika, in denen deutsche Einmischung durch Investitionen, Waffeneinsatz oder diplomatische Mediation sinnvoller und wichtiger sein kann als in Regionen wie Südostasien oder Zentralafrika. Ein solch geographisch begrenzter Ansatz könnte in wenigen, aber dafür wichtigeren Regionen größere Erfolge erzielen und gleichzeitig Ressourcen für die Lösung inländischer Probleme Deutschlands aufsparen.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Aus den vorliegenden Daten der Umfrage und den Einordnungen der Zahlen lassen sich Empfehlungen ableiten, die politischen und gesellschaftlichen Entscheider:innen helfen können, zentrale Erkenntnisse aus diesem Beitrag in ihrem Handeln und ihren Tätigkeitsbereichen zu berücksichtigen.

- Fast zwei Drittel (62 Prozent) der 12- bis 18-Jährigen in Deutschland befürworten einen alters- und geschlechtsunabhängigen Pflichtdienst. Eine Mehrheit (58 Prozent) ist gegen eine Wehrpflicht und die Hälfte empfindet die Neuregelung des Wehrdienstes als ungerecht. Junge Menschen wollen einen gesellschaftlichen Dienst, aber aktuell ist die Umsetzung eines allgemeinen, geschlechterunabhängigen Pflichtdienstes mit verfassungsrechtlichen Hürden verbunden.

  Fast ein Viertel (24 Prozent) der jungen Befragten hat ein deutliches Interesse, nach der Schule freiwillig als Soldat:in zu arbeiten und 38 Prozent sind sehr an einem FSJ interessiert. Im Kontext dieser Dienstmöglichkeiten ist die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands für interessierte Jugendliche besonders wichtig.

  Politische Entscheider:innen sollten diese Einschätzungen der jungen Menschen berücksichtigen, weil sie ein Interesse an möglichst motivierten jungen Menschen in freiwilligen oder auch verpflichtenden Diensten haben sollten. Selbst unter den aktuellen politischen und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen kann und sollte den Vorstellungen und Ideen junger Menschen bei der Ausgestaltung eines neuen Dienstes Rechnung getragen werden. Insbesondere das Prinzip „Freie Wahl innerhalb einer Pflicht“ ist bei wiederholter Abfrage in diesem Jahr noch stärker von den Jugendlichen unterstützt worden.

- Junge Menschen wollen etwas leisten und sich an politischen Debatten beteiligen und in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Sie haben eigene und deutliche Meinungen, die einen Platz in der Politik brauchen. Die Ergebnisse der

Umfrage zeigen ein hohes politisches Interesse der Jugendlichen und ein Verständnis für sicherheitspolitische Veränderungen und innenpolitische und persönliche Konsequenzen, wie durch den Neuen Wehrdienst oder einen allgemeinen frei wählbaren Pflichtdienst, von denen sie selbst betroffen sein können. Die qualitativen Kommentare der Teilnehmer:innen des Fördernetzwerks *Generation Global – Wir gestalten Welt* der Liz Mohn Stiftung erweitern den „erwachsenen" Blick der jungen Menschen in Deutschland auf die internationale Politik, Kriege, Krisen und die Rolle Deutschlands in der Welt. Im Projekt *Generation Global* werden bereits jetzt junge politisch interessierte Menschen aus Ostwestfalen und ihre Stimmen gezielt gefördert. Mit der Konferenzveranstaltung *Generation Global LIVE* werden jährlich mehrere Hundert Schüler:innen erreicht und in Debatten mit Expert:innen und Politiker:innen eingebunden. **Basierend auf der Projektarbeit der Liz Mohn Stiftung und den Umfrageergebnissen und Kommentaren der jungen Menschen wird empfohlen, die Stimmen der Jugendlichen stärker in Prozesse einzubinden und ihre Meinungen zu berücksichtigen. Für einen weiteren Austausch mit jungen Menschen und gesellschaftlichen und politischen Entscheider:innen über die ausgesprochenen Empfehlungen, Studienergebnisse und Projekterfahrungen steht die Liz Mohn Stiftung selbstverständlich zur Verfügung.**

- Eine beeindruckende Mehrheit von fast neun von zehn jungen Menschen möchte häufiger im Unterricht über aktuelle politische Themen diskutieren. Bildungseinrichtungen sollten den jungen Menschen einen Raum bieten, um sich über gegenwärtige politische Debatten zu informieren und mitzudiskutieren. Basierend auf diesen Erkenntnissen und Einordnungen wird empfohlen, konkrete Angebote für Schüler:innen an Schulen auszubauen und zu fördern.

  Organisationen wie gemeinnützige Vereine und Stiftungen können mit staatlichen Bildungsträgern (Schulen, Landeszentralen für politische Bildung) gemeinsame Maßnahmen umsetzen. **Konkret könnten dies langfristige Maßnahmen für Schüler:innen und Klassenzimmerdiskussionen sein, die aktuelle politische und gesellschaftliche Themen beinhalten. Angesichts der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und der Auslastung der Bildungseinrichtungen werden gemeinschaftliche Ansätze empfohlen.**

METHODIK

Das Meinungsforschungsinstitut Ipsos hat im Auftrag der Liz Mohn Stiftung die Daten erhoben. Die 17-minütige Online-Befragung (CAWI – Computer-Assisted Web Interviewing) wurde vom 1. April bis zum 21. April 2026 durchgeführt. Für die Umfrage wurde eine Stichprobe von Ipsos aus dem Ipsos iSay-Panel gezogen. Die Stichprobengröße liegt bei 800 Teilnehmer:innen. Es handelt sich um eine repräsentative Stichprobe der deutschen Wohnbevölkerung im Alter von zwölf bis 18 Jahren mit Internetzugang, quotiert und gewichtet nach Alter, Geschlecht, Region (Bundesland) und Bildung. Die Bildung wurde während der Feldphase gemonitort. Schiefen, die durch die Öffnungen von Quoten entstanden sind, wurden entsprechend gewichtet. Die Gewichtungseffizienz, um diese Schiefen in der Stichprobe auszugleichen, liegt bei 94,9 Prozent.

Aufgrund der Teilnahmebestimmungen und gesetzlichen Vorgaben hat Ipsos das Einverständnis für die Befragung der unter 16-jährigen Teilnehmer:innen bei deren Erziehungsberechtigten eingeholt. An der eigentlichen Umfrage nahmen die jungen Menschen selbstständig teil.

Die Teilnehmer:innen der Befragung setzten sich folgendermaßen zusammen: Die Jahrgänge der 12- bis 15-Jährigen machten jeweils 14 Prozent aus, bei den 16- bis 18-Jährigen waren es jeweils 15 Prozent. 50 Prozent der Befragten gaben ihr Geschlecht als weiblich, 50 Prozent als männlich an. 81 Prozent waren Schüler:innen, 8 Prozent Auszubildende, 3 Prozent Erwerbstätige (nicht in Ausbildung), 3 Prozent Studierende, 1 Prozent arbeitslos, 2 Prozent befanden sich in Fördermaßnahmen und weitere 2 Prozent haben Sonstiges angegeben.

Nach dem (angestrebten) Bildungsabschluss besuchten 6 Prozent eine Werkreal- oder Hauptschule, 25 Prozent eine Realschule, 53 Prozent ein Gymnasium, 12 Prozent eine Gemeinschafts- oder Gesamtschule und 2 Prozent eine Sonder-/Förderschule.

22 Prozent der jungen Befragten kamen aus Nordrhein-Westfalen, 15 Prozent aus Bayern, 14 Prozent aus Baden-Württemberg, 10 Prozent aus Niedersachsen, 8 Prozent aus Hessen, jeweils 5 Prozent aus Rheinland-Pfalz und Sachsen, jeweils 4 Prozent aus Berlin und Schleswig-Holstein, 3 Prozent aus Brandenburg, jeweils 2 Prozent aus

Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg sowie jeweils 1 Prozent aus Bremen und dem Saarland.

Dieses Mal wurden die jungen Menschen auch zu einer möglichen Migrationsgeschichte befragt. 36 Prozent gaben an, dass sie selbst oder mindestens ein Elternteil ohne deutsche Staatsangehörigkeit geboren wurden.

Um eine möglichst hohe Güte an Antworten zu erhalten, wurde bei der Umfrage mit Einleitungstexten und Definitionen von Fachbegriffen gearbeitet. So konnten die Befragten mittels Scroll-Over-Funktion einzelne Definitionen z. B. zu den Themen *Globalisierung* oder *internationale Zusammenarbeit* nachlesen. Bei der Erstellung der Items der Umfrage wurde zudem auf eine altersgerechte Sprache und leicht verständliche Formulierungen geachtet.

Als Ergänzung der quantitativen Daten der Umfrage wurden Kommentare von fünf Teilnehmer:innen des Fördernetzwerks *Generation Global – Wir gestalten Welt* der Liz Mohn Stiftung eingeholt. Die Ergebnisse und Inhalte der Befragung wurden im Vorfeld innerhalb des Netzwerks sowie mit den Verantwortlichen der Stiftung besprochen. Die jeweiligen Fragen in den Kommentaren wurden von den Verantwortlichen der Stiftung gestellt.

Methodik der Regressionsanalysen:

Für eine weitergehende Analyse von ausgewählten Variablen der Umfrage *Deutschlands Rolle in der Welt 2026* hat das Meinungsforschungsinstitut Ipsos im Auftrag der Liz Mohn Stiftung Regressionsanalysen durchgeführt. Ziel dieser Analyse war es, die deskriptiven Zahlen und Häufigkeitsauswertungen durch weitere Daten zu ergänzen und somit einen Informationsmehrwert für die Öffentlichkeit zu schaffen.

Als Grundlage für diese Analyse wurden zunächst zwei Hypothesen formuliert.

Hypothese 1: *Einzelne Faktoren wie das politische Interesse, das Vorhandensein von politischem Engagement, der eigene angestrebte Bildungsgrad, das Geschlecht, der Wohnort (Ost-/Westdeutschland), die Angst vor aktuellen Entwicklungen, die soziale Distanz zu Menschen mit einem Migrationshintergrund, das Vorhandensein eines Migrationshintergrunds, das Alter und das Sicherheitsbedürfnis junger Menschen in*

Deutschland haben einen signifikanten Einfluss auf das Interesse an einem freiwilligen sozialen Dienst.

Hypothese 2: *Einzelne Faktoren wie das politische Interesse, das Vorhandensein von politischem Engagement, der eigene angestrebte Bildungsgrad, das Geschlecht, der Wohnort (Ost-/Westdeutschland), die Angst vor aktuellen Entwicklungen, die soziale Distanz zu Menschen mit einem Migrationshintergrund, das Vorhandensein eines Migrationshintergrunds, das Alter und das Sicherheitsbedürfnis junger Menschen in Deutschland haben einen signifikanten Einfluss auf das Interesse an einem freiwilligen Wehrdienst.*

Die Regressionen und die Bestimmung der Korrelationskoeffizienten und Konfidenzintervalle erfolgten nach der multiplen OLS-Methode (Ordinary Least Squares, OLS), die Analyse wurde mit dem Statistik-Programm SPSS durchgeführt.

Ein klassisches Verfahren zur Bestimmung von Regressionskoeffizienten ist die Methode der kleinsten Quadrate (OLS-Methode). Dabei werden die Regressionskoeffizienten so bestimmt, dass die Summe der quadrierten Differenzen zwischen den beobachteten und den durch das Modell vorhergesagten Werten minimal ist. Bei der multiplen OLS-Methode werden mehrere ausgewählte unabhängige Variablen auf eine bestimmte abhängige Variable regressiert. Ziel dieser Methode ist es, Prädikatoren zu finden, die signifikanten Einfluss auf die Zielvariable haben.

Damit die kategorialen Merkmale der Variablen regressiert werden konnten, wurden die ordinalen Variablen als stetige Variablen (die ein Merkmal innerhalb eines Intervalls darstellen) behandelt. Für kategoriale Variablen (die in drei Kategorien gemessen wurden) wurden Dummy-Variablen erstellt.

Für den direkten Vergleich der verschiedenen Variablen und deren Effektgrößen wurden alle Variablen standardisiert, d. h. nach einem einheitlichen Muster vereinheitlicht, um sie vergleichbar zu machen. Durch den Schritt der listenweisen Löschung, der zufolge alle Personen aus der Analyse ausgeschlossen werden, sobald in mindestens einer Variablen ein Wert fehlt, wurden nur Zielpersonen in die Analyse aufgenommen, bei denen jeweils alle Daten vorlagen. Dies führte zur Basis von n = 690 für die Analyse.

Für die Validierung des statistischen Ansatzes wurden mehrere Annahmeprüfungen durchgeführt. Die Zusammenhänge zwischen den unabhängigen und abhängigen

Variablen (s. Hypothesen und Abbildung 20 und 21) waren annähernd linear. Folglich führt eine Veränderung der unabhängigen Variablen zu einer proportionalen Veränderung in der abhängigen Variable. Es lagen keine hohen Korrelationen der unabhängigen Variablen untereinander und somit keine Multikollinearität vor, was zu verzerrten Schätzungen geführt hätte. Ebenfalls wurden die Fehlerterme (Residuen) geprüft und festgestellt, dass diese annähernd normal verteilt waren (siehe glockenförmige Verteilung). Eine ungleiche nicht konstante Streuung (Heteroskedastizität) der Residuen über alle Werte der unabhängigen Variablen lag auch nicht vor. Die Ergebnisse der Annahmeprüfungen bestätigen, dass die Regressionsergebnisse valide und interpretierbar sind.

ANHANG

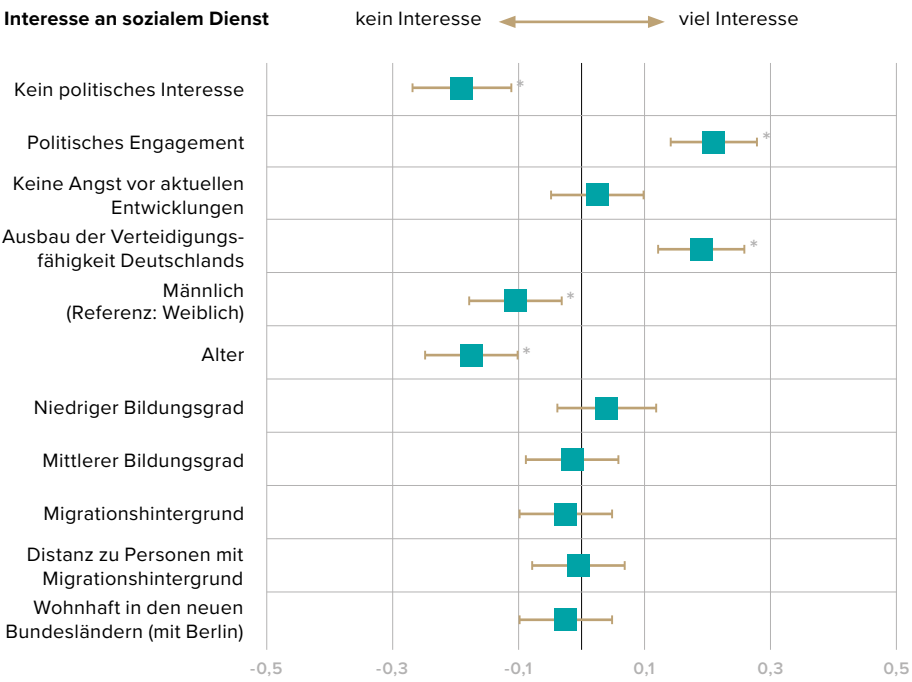
Regressionsanalysen für das Interesse an einem sozialen Dienst und Wehrdienst

Für eine weiterreichende Analyse der Ergebnisse zum Interesse an einem freiwilligen sozialen Dienst oder an dem „neuen“ freiwilligen Wehrdienst der jungen Befragten wurden Regressionsanalysen durchgeführt. Die Ergebnisse der Regressionen sollen die deskriptiven Darstellungen und Daten aus der Umfrage ergänzen und weitere Verbindungen von individuellen Merkmalen und Interessensschwerpunkten der jungen Menschen in Deutschland für den sozialen Dienst und für den Neuen Wehrdienst aufzeigen.

Basierend auf der Regressionsanalyse von Zusammenhängen zwischen persönlichen Merkmalen der Jugendlichen und deren Interesse, nach der Schule ein FSJ oder FÖJ zu absolvieren, kann Folgendes festgestellt werden: Ein höheres politisches Interesse, politisches Engagement und ein größeres Interesse am Ausbau der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sorgen bei Menschen mit weiblichem Geschlecht und im jüngeren Alter für ein stärkeres Interesse an einem sozialen Dienst.

Gleichzeitig wird auch deutlich, dass der Bildungsgrad, das Vorhandensein eines Migrationshintergrunds, eine größere soziale Distanz zu Jugendlichen mit einer Migrationsgeschichte sowie der Wohnort in Ost- oder Westdeutschland keinen signifikanten Effekt auf die Ausprägung des Interesses für einen sozialen Dienst der 12- bis 18-jährigen Befragten in Deutschland haben.

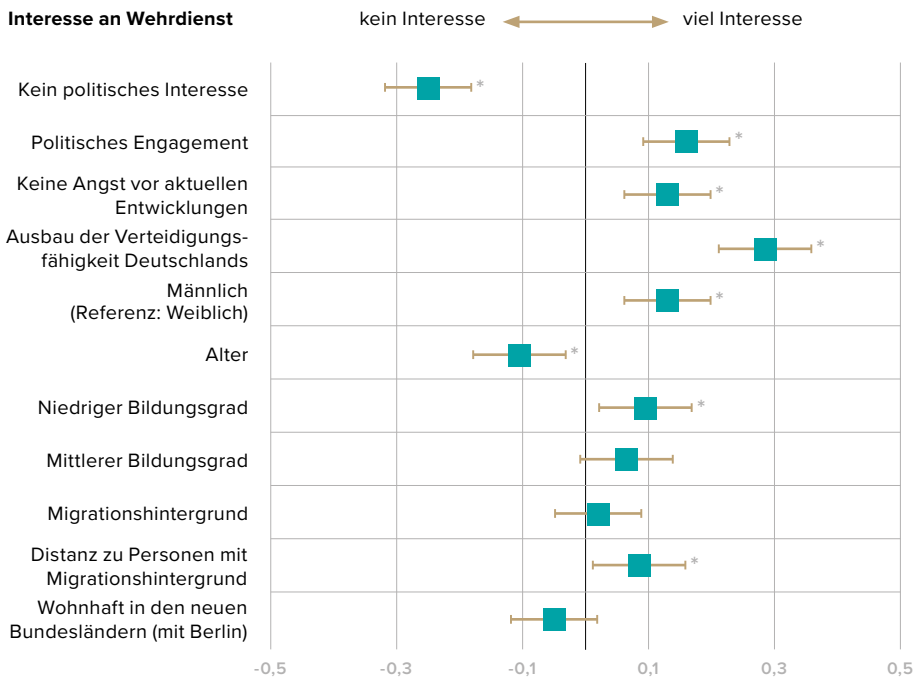
Abbildung 20 | Zusammenhang zwischen dem Interesse an einem sozialen Dienst und den persönlichen Merkmalen junger Menschen



Anmerkungen:
** signifikant auf dem 5-Prozentniveau. Multivariate Regressionsergebnisse mit Konfidenzintervallen. Das Interesse an einem freiwilligen sozialen Dienst wurde auf einer elfstufigen Skala abgetragen. Untere Achse der Grafik: Wertabschnitte für die standardisierten Koeffizienten der unabhängigen Variablen*
Lesebeispiel: Jugendliche, die sich weniger für Politik interessieren, haben weniger Interesse an einem sozialen Dienst.
Basis: 690 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Abbildung 21 | Zusammenhang zwischen dem Interesse an einem Wehrdienst und den persönlichen Merkmalen junger Menschen



Anmerkungen:
** signifikant auf dem 5-Prozentniveau. Multivariate Regressionsergebnisse mit Konfidenzintervallen.*
Das Interesse an einem freiwilligen Wehrdienst wurde auf einer elfstufigen Skala abgetragen.
Untere Achse der Grafik: Wertabschnitte für die standardisierten Koeffizienten der unabhängigen Variablen
Lesebeispiel: Jugendliche, die sich weniger für Politik interessieren, haben weniger Interesse am Wehrdienst.
Basis: 690 deutschsprachige Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, April 2026

Quelle: Liz Mohn Stiftung 2026

Durch die Regressionsanalyse, die den Effekt von individuellen Merkmalen auf das Interesse der jungen Menschen, nach der Schule freiwillig als Soldat:in zu arbeiten, untersucht, wird zusätzlich verdeutlicht, dass ein stärkeres Interesse an Politik, die Fürsprache für einen stärkeren Ausbau der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, politisches Engagement, weniger Angst vor aktuellen Entwicklungen in der Welt und das männliche Geschlecht Merkmale bzw. Variablen sind, die für ein stärkeres Interesse an einem freiwilligen Wehrdienst sorgen.

Niedriger Bildungsgrad sowie größere Distanz zu Personen mit Migrationshintergrund, Migrationshintergrund und Wohnort in den neuen Bundesländern haben einen signifikanten, aber einen geringeren Effekt als die bereits genannten persönlichen Merkmale wie politisches Interesse und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands.

- Die erste Regressionsanalyse zeigt, dass das politische Interesse, das politische Engagement, das Interesse am Ausbau der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, das Geschlecht und das Alter das Interesse an einem freiwilligen sozialen Dienst (FSJ/FÖJ) beeinflussen.

  ➡ Jugendliche in Deutschland, die sich für Politik interessieren, sich politisch engagieren, die denken, dass Deutschland verteidigungsfähiger werden muss, sowie weiblich und im Vergleich jünger sind, sind eher an einem freiwilligen sozialen Dienst interessiert.

- Die zweite Regressionsanalyse zeigt, dass politisches Interesse, politisches Engagement, Angst vor den aktuellen Entwicklungen der Welt, Interesse am Ausbau der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, Geschlecht und das Alter das Interesse am neuen Wehrdienst beeinflussen.

  ➡ Junge Menschen in Deutschland, die sich für Politik interessieren, sich politisch engagieren, weniger Angst vor den aktuellen Entwicklungen in der Welt haben, denken, dass Deutschland verteidigungsfähiger werden muss sowie männlich und im Vergleich jünger sind, sind eher an einem freiwilligen Wehrdienst interessiert.

Von Relevanz für das Interesse an einem der Dienste sind somit vor allem der Geschlechterunterschied, der Altersunterschied, die Ausprägung des Interesses an Politik und das Vorhandensein vom politischen Engagement der jungen Menschen, aber auch psychologische Faktoren wie die Angst vor den aktuellen weltweiten Entwicklungen und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands.

Interessanterweise spielen beim Interesse an einem freiwilligen Wehrdienst und am sozialen Dienst (FSJ/FÖJ) der Wohnort (Ost- oder Westdeutschland), der Bildungsgrad und eine mögliche Migrationsgeschichte keine große Rolle für die Ausprägung des persönlichen Interesses der jungen Menschen.

Das genutzte Regressionsmodell kann lediglich helfen, Zusammenhänge zwischen einzelnen Merkmalen der jungen Menschen in Deutschland und ihrem Interesse freiwillig einen sozialen Dienst zu absolvieren bzw. freiwillig als Soldat:in in der Bundeswehr zu arbeiten, aufzuzeigen (s. Abbildungen 10, 20, 21).

Im Kontext der erweiterten Analyse der Umfrageergebnisse lassen die Befunde der Regressionen keine kausalen Schlüsse zu. In Zukunft sollten auch die kausalen Zusammenhänge untersucht werden. Dafür ist ein umfangreicher Datensatz, der über mehrere Jahre erfasst wird, nötig. Dies könnte helfen, die persönlichen Merkmale junger Menschen und deren Interesse für gesellschaftsrelevante Dienste zu analysieren und evidenzbasierte Schlüsse für politische Prozesse zu ziehen.

Mit den vorhandenen Ergebnissen der Regressionen lassen sich bereits jetzt Schlüsse für die Gesellschaft und die politischen Entscheider:innen ableiten. Die Analyse der Zusammenhänge von persönlichen Merkmalen und der Ausprägung des Interesses der jungen Menschen bietet einen Erklärungsansatz für relevante Effekte auf das Interesse der jungen Befragten und deren Sicht auf den gesellschaftsrelevanten sozialen Dienst und den sicherheitspolitisch relevanten „Neuen“ Wehrdienst in Deutschland.

Kontakt

Liz Mohn Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Matthias Meis: meis@liz-mohn-stiftung.de
Simon P. Balzert: balzert@liz-mohn-stiftung.de
Sanny Adam Pulka: pulka@liz-mohn-stiftung.de

Liz Mohn Stiftung

Die gemeinnützige Liz Mohn Stiftung ist in den Handlungsfeldern International Relations, Creating Leadership Cultures, Power of Culture und Global Talents aktiv. Ein besonderes Anliegen von Liz Mohn und der Stiftung ist es, Brücken der Verständigung über Sprachen und Grenzen hinweg zu bauen und auf diese Weise Menschen aus unterschiedlichen Nationen und Kulturen, mit verschiedenen Professionen und Positionen sowie aus verschiedenen Generationen in den Dialog zu bringen.

Weitere Informationen: www.liz-mohn-stiftung.de

Ipsos

Ipsos ist weltweit eines der größten Marktforschungsinstitute mit mehr als 20.000 Mitarbeiter:innen und Präsenz in 90 Ländern.

Die Forschungsexpert:innen, Analyst:innen und Wissenschaftler:innen verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen von Bürger:innen, Konsument:innen, Patient:innen, Käufer:innen oder Mitarbeiter:innen ermöglicht. Ipsos hat die große Bandbreite der Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützt damit über 5000 Kund:innen weltweit.

1917 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt. In Deutschland sind ca. 600 Mitarbeiter:innen an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, Frankfurt am Main, Nürnberg und München.

Weitere Informationen: www.ipsos.com

Digitaler Blick in die Umfrage

Wenn Sie Interesse an der digitalen Version des Policy Papers auf Englisch oder Deutsch haben, finden Sie diese und weitere Informationen auf folgender Website der Liz Mohn Stiftung:



Kontakt

Liz Mohn Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Matthias Meis
meis@liz-mohn-stiftung.de

Simon P. Balzert
balzert@liz-mohn-stiftung.de

Sanny Adam Pulka
pulka@liz-mohn-stiftung.de

Ipsos

LIZ MOHN
STIFTUNG